

Das Verursacherprinzip

Erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser treiben die Trinkwasserpreise in die Höhe – vor allem in Regionen mit intensiver Viehhaltung. Verbraucher sind besorgt, Landwirte schnell als Hauptverursacher identifiziert. Doch so einfach wie es scheint, ist die Verantwortung nicht zu klären.



Karsten Specht ist Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Der VKU vertritt rund 1460 kommunale Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. www.vku.de



Philip Heldt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gruppe Umwelt der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Die Verbraucherzentralen sind unabhängige, überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisationen, die Verbraucher in Fragen des privaten Konsums informieren, beraten und unterstützen. www.verbraucherzentrale.nrw

Durch erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser steigen die Wasserentgelte teilweise massiv. Geht das nicht einseitig zulasten der Verbraucher?

Specht: Die Grundwasserdatenbank Nitrat, die die Interessenverbände der Wasserwirtschaft im November 2016 auf den Weg gebracht haben, zeigt: An 25 Prozent der Vorfeldmessstellen wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter überschritten, besonders in Regionen mit vielen großen Agrarbetrieben, die ihre Gülle auf die Felder bringen. Eine Untersuchung des Umweltbundesamtes zeigt, dass es wesentlich teurer ist, das Nitrat wieder aus dem Wasser zu entfernen, als die Einträge vorher zu reduzieren. Es schätzt, dass in betroffenen Regionen die Trinkwasserkosten um 55 bis 76 Cent pro Kubikmeter steigen könnten. Es ist also im Interesse aller, dass wir die Nitratreinträge möglichst rasch reduzieren. Und das nicht nur, weil die EU-Kommission Deutschland ansonsten mit einer Klage droht.

Heldt: Die Verbraucher müssen die höheren Wasserentgelte unverhältnismäßig schultern, die Industrie zahlt viel niedrigere Wasserpreise. Wir als Verbraucherzentrale merken, dass Nitrat im Trinkwasser die Verbraucher sehr bewegt. Häufig geben sie dem Wasserversorger die Schuld für hierdurch bedingte höhere Wasserpreise. Außerdem

schlagen sich die Kosten der Wasseraufbereitung zu wenig in den Produktpreisen nieder. Die Fleischpreise beispielsweise sollten solche Probleme widerspiegeln.

Neben Biogasanlagen ist die verstärkte Gülleausbringung in Tierhaltungsregionen Hauptursache für erhöhte Nitratwerte. Der Großteil der Verbraucher kauft jedoch weiterhin billiges Fleisch an der Ladentheke. Ist das Verursacherprinzip hier nicht konsequent angewendet?

Specht: Beim Verursacherprinzip geht es darum, die Einträge möglichst frühzeitig zu vermeiden oder die Verursacher an den Kosten für deren Beseitigung zu beteiligen. In den Regionen mit Tierhaltungen müssen wir die Güllemenge dringend reduzieren. Was derzeit passiert, ist, dass die Gülle in die Ackerbauregionen transportiert wird. Das kann – wenn überhaupt – nur eine Zwischenlösung sein. Langfristig geht es darum, wieder einen Bezug zwischen Fläche und Anzahl der Tiere herzustellen.

Heldt: Natürlich ist das Verursacherprinzip nicht richtig angewendet. Die Landwirte tragen nicht die alleinige Schuld an der Nitratproblematik. Aber wir haben es hier mit einem sehr komplexen System zu tun. Zum einen wollen die Verbraucher in Deutschland möglichst wenig Geld für Lebensmittel ausgeben. Zum anderen trägt auch der Lebensmit-



Mit der richtigen Technik bei der Gülleausbringung – hier mittels Schleppschläuchen – lässt sich der Eintrag von Nitrat in Gewässer verringern.

teleinzelnhandel mit seinen Preiskämpfen die Verantwortung dafür, dass die Landwirte ihre Produkte viel zu billig anbieten müssen. Mindestpreise kann man dem Einzelhandel jedoch nicht vorschreiben, das wäre Planwirtschaft. Deshalb liegt der einzig mögliche Hebel, um hier zu einer gerechten Lösung zu kommen, in einheitlichen, strengeren Vorgaben zur Düngemittelausbringung, die sich dann hoffentlich auch in den Produktpreisen widerspiegeln.

Reicht aus Ihrer Sicht die neue Düngegesetzgebung aus, um die erhöhten Nitratgehalte in den Griff zu bekommen?

Specht: Das eigentliche Ziel der neuen Düngegesetzgebung mit ihrem Kernstück, der Stoffstrombilanzverordnung, wird nach unserer Einschätzung verfehlt. Was wir bekommen haben, ist ein Schweizer Käse – eine Regelung mit vielen Schlupflöchern. Vor allem große Betriebe könnten letztlich sogar mehr düngen als vorher. Das aktualisierte Düngegesetz, das die Bundesebene vorgibt, bietet den Bundesländern weitere Möglichkeiten, Einträge zu verhindern. Die Länder sind dadurch jetzt in der Pflicht, in belasteten Gebieten beispielsweise Düngeverbote auszuweiten oder Gewässerrandstreifen, auf denen nicht gedüngt werden kann, zu vergrößern. Meine Sorge ist aber, dass die Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden.

”

Wir brauchen die Kopplung der Tierhaltung an die Fläche, um langfristig Verbesserungen zu erreichen.“

Heldt: Die neue Düngegesetzgebung ist ein ganz guter Schritt in die richtige Richtung, aber verbesserungswürdig. Die Obergrenzen für die Stickstoffausbringung sind immer noch zu hoch angesetzt und es müsste regelmäßiger Kontrollen geben. Wir brauchen die Kopplung der Tierhaltung an die Fläche, um langfristig Verbesserungen zu erreichen. Und man muss sich die Frage stellen: Brauchen wir beispielsweise Gülleimporte aus den Niederlanden? Hier muss man unbedingt etwas tun. Außerdem sollte es strengere Vorgaben bei der Ausbringetechnik geben – Gülle sollte nur noch über Schlitztechnik in den Boden eingebracht werden.

Was tut Ihr Verband, um zu dieser Thematik aufzuklären und Lösungen zu finden?

Specht: Wir weisen seit Jahren in den betroffenen Regionen auf die Nitrat-Probleme hin. Im Rahmen von Wasserkooperationen finanziert die kommunale Wasserwirtschaft zahlreiche Maßnahmen, um die Stickstoffeffizienz zu erhöhen und die Reduktion von Nitratreinträgen zu erreichen. Dies reicht jedoch in vielen Fällen nicht mehr aus. Wir brauchen weiterhin den ernsthaften Dialog von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft.

Heldt: Unser Bundesverband hat 2014 zusammen mit dem Umweltbundesamt Handlungsempfehlungen für umweltfreundlichere Lebensmittel herausgegeben. Hier fordern wir zum Beispiel die stärkere Förderung des Ökolandbaus, der weniger negative Auswirkungen auf die Grundwasserqualität hat. Wir klären Verbraucher dazu auf, weniger Fleisch zu essen, und wenn, dann solches aus ökologischer und möglichst regionaler Haltung. Auf Veranstaltungen, aber auch bei unserem Lebensmitteltelefon ist Nitrat im Trinkwasser ein ganz häufiges Thema, mit dem Verbraucher auf uns zukommen und zu dem wir informieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.